

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten
bei uns monatlich 1.50 Mark;
bei der Geschäftsstelle abgeholt
monatlich 1.40 Mark; bei der Post
monatlich 1.60 Mark. — Viertel
monatlich 6.— Mark. — Einzelne
Blätter 10 Pfennig.

Druckerei: Anschlag Nr. 55.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise
bestimmen sich nach dem Raum für
einmalige Anzeigen aus Aue und dem Bezirk
Schwarzenberg 1.— Mark, auswärts
1.50 Mark, Kellern
1.00 Mark. Bei gebühren
abhängigen Aufträgen über Rubrik
Anzeigenpreise die Spalten
1/2 bis 1/4 Mark.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 240

Donnerstag, den 13. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die innerpolitische Lage ist wegen der drohenden unangünstigen Entscheidung über Oberschlesien nach wie vor ernst. Die Gerüchte über einen etwaigen Rücktritt der Reichsregierung wollen nicht verstummen.

Die Tagung des Völkerbundrates über die oberschlesische Frage ist gestern zu Ende gegangen. Der Beschluß des obersten Rates über die Lösung der oberschlesischen Frage soll erst nach erfolgter Notifizierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden.

Der Reichstag dürfte am 25. Oktober wieder zusammentreten, da der Reichsrat die neuen Steuervorlagen in der nächsten Woche verabschiedet wird.

Nach an militärischen Stellen Wiens vorliegenden Meldungen erscheint es sicher, daß die Ungarn eine größere Unternehmung gegen Wienerneustadt planen.

Die japanische Regierung beabsichtigt, das Programm der Washingtoner Konferenz durch eine Anzahl von ihr vorgelegter Fragen zu erweitern.

Keine Uebereile!

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Niemand kennt genau die Entscheidung über Oberschlesien, die in Genf getroffen worden ist. Sie ist auch den deutschen amtlichen Stellen in ihren Einzelheiten noch unbekannt. Wahrscheinlich werden auch noch Tage vergehen, bis die amtliche Mitteilung über das endgültige Ergebnis nach Berlin kommt. Erst müssen ja die obersten Machthaber der Welt formell in Kenntnis gesetzt werden und ihre Zustimmung gegeben haben, ehe der Genfer Spruch verkündet werden kann. Aber trotz aller eifrigen Wahrung des Geheimnisses ist doch so viel durchgesickert, daß leider in Deutschland kein Zweifel mehr möglich ist: die Entscheidung wird die herbeste Entscheidung bedeuten, die das so vielfach enttäuschte deutsche Volk seit seinem militärischen Zusammenbruch durchlebt hat. Welche von den zahlreichen, in den letzten Tagen angeklungenen Vermutungen auch richtig sein mag: keine entspricht den billigen Erwartungen, die man in Deutschland auf Grund der Annahme des feindlichen Ultimatum und der bis zur Ermüdung wiederholten Ultimierungen von fair play und Gerechtigkeitsgefühl gehabt hat.

Damit steht das deutsche Volk und die deutsche Politik vor einer ganz neuen Lage. Was immer schon vorher gesagt wurde, daß Deutschland ohne Oberschlesien die schweren Verpflichtungen, die es nach dem Machtspruch der Entente unterzeichnen mußte, nicht werde erfüllen können, das wird jetzt Wirklichkeit. Die französische Presse möchte nicht daran glauben; sie deutet die Ankündigung der Unerschütterlichkeit des Ultimatum als leere Drohung und letzten Beeinflussungsversuch Deutschlands aus. Aber jeder Kenner der deutschen Wirtschaftsverhältnisse und der deutschen Finanzlage weiß, daß es bitterer Ernst und tatsächliche Unmöglichkeit ist, die ungeheuren Lasten aufzubringen, wenn ein so wichtiges Wirtschaftsgebiet, wie Oberschlesien, dabei nicht voll in Anspruch gebracht werden kann. Darüber ist man sich im Reichskabinett vollkommen klar. Die schwere Frage ist nur die, ob das Reichskabinett sofort seine Demission geben oder erst die amtlichen Nachrichten abwarten soll. Es ist nicht zu verkennen, daß ein sofortiger Rücktritt seine Vorteile hätte. Die Entente ist stets geneigt, bei deutschen Protesten an camouflagen zu glauben. Der Irrglaube wäre ihr sofort zum Bewußtsein gekommen, wenn schon jetzt Wirth dem Reichspräsidenten sein Kabinett zur Verfügung gestellt hätte. Wenn, was wahrscheinlich zu sein scheint, das Reichskabinett diese Entscheidung noch hinausgeschoben hat, so wäre es doch ein verhängnisvoller Irrtum, nicht an den furchtbaren Ernst der bevorstehenden Tage glauben zu wollen. Wirth hat mehr als einmal betont, daß eine unangünstige Entscheidung in Oberschlesien einen Stoß in das Herz der friedlichen deutschen Demokratie bedeuten würde. Gilt die Entscheidung so, wie es die Meldungen aus Genf jetzt besagen, dann ist das deutsche Volk zum zweiten Mal betrogen worden. Das ist letzten Endes der tiefere Sinn der jetzigen Volksbewegung. Auch christliche Engländer gestehen offen an, daß das deutsche Volk durch den Versailler Vertrag aufs infamste betrogen wurde, da der Wortvertrag, als welchen sich völkerrecht-

lich der Notenwechsel mit Lansing darstellt, und die Anwendung der Wilson-Punkte felerlich zusicherte. Ganz ähnlich lagen die Dinge jetzt. Deutschland hat das Ultimatum angenommen, weil Lloyd George sich mit seiner ganzen Autorität für ein fair play einsetzte. Hat man jetzt zu dem Versailler Vertrag noch den von Genf, so ist es äußerst fraglich, ob das die Spannkraft des deutschen Volkes noch aushalten wird. Besonders kommt die niederschmetternde Wirkung der Genfer Entscheidung auf die deutschen Parteien in Oberschlesien hinzu. Einmütig fordern diese Parteien den Rücktritt des Kabinetts und die Zurückziehung ihrer Mitglieder aus der Reichsregierung. Dabei ist zu beachten, daß die jetzigen Regierungsparteien in Oberschlesien weitaus in der Mehrheit sind. Dennoch besteht bei ihnen keinerlei Meinungsverschiedenheit über das, was jetzt zu tun ist. Selbst die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens richtet an den Parteivorstand das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland unangünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Vertreter im Reichskabinett niederzuliegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag. Das Zentrum, dem ja der Reichskanzler angehört, verlangt sogar den sofortigen Rücktritt des Kabinetts.

Diese Stimmungszeichen sollten der Welt klar werden lassen, daß es diesmal fürchterlicher Ernst ist. Wenn man jetzt auch sagen muß, um noch den letzten Hoffnungsschimmer zu nützen, daß die Dinge nicht überreift werden sollen, so verlangt das aber im Interesse der Klärung die ergänzende Feststellung: keine verantwortungsbewußte Regierung kann eine Entscheidung hinnehmen, wie sie jetzt von Genf aus angekündigt wird.

Auf dem Wege zur großen Koalition?

Nur. Auch die tiefe Sorge, die das deutsche Volk in diesen Stunden hinsichtlich des Schicksals Oberschlesiens bewegt, darf den Blick nicht dafür trüben, daß der Tag und die nächste Wirklichkeit ihre Rechte beanspruchen. Ehe die neue Gefahr für Oberschlesien einen so großen und erschreckenden Umfang annahm, war gerade ein erfreulicher Schritt nach vornwärts getan, um das Problem der Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen der Lösung entgegenzuführen. Die durch die vor mehr als Wochenfrist an die unabhängige Sozialdemokratie gerichtete Anfrage der Mehrheitssozialisten, unter welchen Umständen die U. S. P. bereit sein würde, in die Regierung zurückzutreten, hatte dazu geführt, daß auf die Gegenfrage der Unabhängigen nach der Stellungnahme des Zentrums und der Demokraten diese beiden Parteien antworteten, welche Garantien die U. S. P. hinsichtlich der Achtung vor der Weimarer Verfassung und deren Schutzes zu geben bereit wären. In einem erneuten Schreiben an die Unabhängigen lehnten die Mehrheitssozialdemokraten es ab, die Brüderpartei zur Linken in dem angeregten Sinne zu examinieren und betonten nur von neuem, daß sie nach wie vor den dringenden Wunsch eines Beitritts der Unabhängigen zur Regierungskoalition hätten. Die Erwiderung der U. S. P. D. darauf entsprach mehr als erwartet den gegangenen Vermutungen. Das Zentralkomitee der U. S. P. D. gab nämlich abschließend zur Antwort, daß die U. S. P. D. das Kabinett Wirth bisher unterstützt habe, und daß dieses auch weiterhin auf eine solche Unterstützung rechnen dürfe, wenn es auf dem bisher verfolgten Wege seiner Politik fortsetze. Von kommunistischer Seite wurde das dahin ausgelegt, daß die Unabhängigen ihre Partei damit zu einer S. P. D. am Agentisch bekräftigen, und daß Wirth sich nur sehr schwer seine Verhältnis darüber verbergen könne. Daß es noch immer nicht auf den ersten Ministersessel käme. In Wirklichkeit haben alle Parteien die ruhige Sachlichkeit und zutreffende Auffassung von der Gesamtlage anerkannt, die in dem Schlußwort der Unabhängigen zum Ausdruck gelangten. Hatten die Unabhängigen schon in ihrem ersten Schreiben das Augenmerk gemacht, daß die Anschauung der S. P. D. über die nach Lage der Dinge unumgängliche Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Bürgerlichen innerhalb der Regierung ihre guten Beweggründe habe, so gingen sie in ihrem Schlußwort indirekt noch darüber hinaus, indem sie es, und zwar sichtlich mit Bedacht, unterließen, die Deutsche Volkspartei von dieser Koalitionspolitik auszuscheiden. Später hat die Freiheit allerdings versucht es so hinzustellen, als ob nunmehr der Mehrheitssozialdemokratie erst der Weg zu einer Erweiterung nach links geabnet worden sei. Das ändert aber nichts

an der Tatsache, daß das Entscheidende die Aufgabe weiterer Unterstützung der gegenwärtigen Regierung ist und bleibt. Auf dieser Grundlage werden denn auch die weiteren Verhandlungen geführt werden; wenn — Oberschlesien das gestattet.

Der Streit um Oedenburg.

Die famose Methode der Entente, Mitteleuropa erst zu balkanisieren und es dann seiner Bein zu überlassen, kann noch sehr leicht zu Entwicklungen führen, von denen sich die Selbstgerechtigkeit der Westländer nicht träumen läßt. Man hat Oesterreich zwar das Vorgehen zugesprochen, aber man denkt nicht daran, sich für die Durchführung dieser Vertragsbestimmung einzusetzen. Die ungarische Regierung sucht immer nach neuen Vorwänden, um gegen die Forderungen im Oedenburger Gebiet nicht vorzugehen zu brauchen. In Oesterreich aber ist man in einer Verfassung, die schließlich nach allen möglichen Seiten zu einer Entladung führen kann. Die Angst vor einem Einbruch ungarischer Vandalen ist in Wien auf das Höchste gepflegt. Auf der anderen Seite verstärken sich die zentrifugalen Tendenzen. Der Ruf: Los von Wien! zündet im Tiroler Lande, und die R. K. Reaktion steht unter der Führung von Abenteurern, denen so ziemlich alles zuzutrauen ist. Italien hat Oesterreich nahegelegt, auf der Konferenz von Benedig auf die Stadt Oedenburg zu verzichten. Wenn auch England jedem Druck auf Oesterreich widersteht, so beweist doch das oberschlesische Beispiel, daß englische Versprechungen im Werturteil ganz empfindlich gesunken sind. Trotzdem will Oesterreich in eine Volksabstimmung über Oedenburg einwilligen, aber es ist klar, daß, wenn bestimmte Artikel des Friedensvertrages als Aufstufung behandelt werden, man auch in anderen territorialen Fragen eine neue Entscheidung fordern muß. Italien hat, wenn auch in wohlmeinender Absicht einen ähnlichen Fehler gemacht wie der tschechische Außenminister Dr. Benesch. Indem dieser dem Völkerbundrat vorschlug, vom Oberösterreichsprozentualen Land und Volk Polen zuzuteilen, als sein Stimmanteil bei der Volksabstimmung derart, hat er das Nationalitätenproblem in seinem Lande von Grund aus aufgehoben. Die drei Millionen Deutsche in der Tschechoslowakei können mit Recht dasselbe verlangen, was Benesch freigelegig den 40 Prozent polnischen Stimmenden zugesprochen hat. Ebenso wird in Südtirol die Prozentthese jetzt sehr lebhaft verfochten werden. Man sieht, die Entente ist bei ihrer Bravallität und Willkür nicht einmal besonders klug.

Der König von Italien in Südtirol.

Der König von Italien hat es für angemessen und tatvoll gehalten, in diesen Tagen den sogenannten besetzten Gebieten Südtirols und dem Trentino einen Besuch abzustatten. Wie solche königlichen Besuche sich abspielen, weiß man ja aus eigener Erfahrung. Allein, der König wird wohl etwas enttäuscht gewesen sein, denn ein Triumphzug ist dieser Besuch für ihn nicht. Die Südtiroler Abgeordneten haben eine Erklärung veröffentlicht, daß sie dem Empfang des Königs fern bleiben würden, und haben dies bei dem Besuch des Königs in Trient auch getan. Wenn sie ihre Stellungnahme mit der Haltung der Regierung begründen, welche auf die Stimme der Südtiroler Volksvertreter nicht mehr hört, so wird man dies bei uns im Reich sehr wohl verstehen können. In der Tat läßt der Schutz der Deutschen in Südtirol noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Man braucht dabei nicht einmal zuerst an die faktischen Umtriebe zu denken, für die bisher weder Sühne noch Wiedergutmachung geleistet ist. Aber das deutsche Schicksal in Tirol hat durch die Regierung bisher noch gar keinen Schutz gefunden. Im Gegenteil ist ein königliches Dekret ergangen, das einer Ausnahmestimmung zum Beweise der Italienisierung sehr gleich kommt. Wie die Regierung bisher überhaupt noch nichts getan hat, um das Deutschtum und die alten deutschen Rechte, Sitten und Gebräuche gegen alle Anfeindungen unbedingt sicherzustellen. Dafür ist die Wehrpflicht auch auf Südtirol ausgedehnt worden, was die deutschen Südtiroler natürlich in ihrem Gefühl aufs tiefste verletzt hat. Ebenso sind die alten Ortsnamen verdrängt worden. Unter diesen Umständen wird wohl auch der König verstehen können, daß ihn die Südtiroler Abgeordneten nicht mit Begeisterung empfangen können und daß es ebenfals klug wie tatvoll ist, daß sie sich bei seinem Besuche fernhalten.

Kleine politische Meldungen.

Otto von Stierl. Der berühmte Lehrer des deutschen Völker- und Staatsrechts an der Berliner Universität Otto von Stierl ist gestorben. Stierl hat eine politische Rolle nicht

ihren
enke.
komm.
bert:
eit.
ch Frh
konärer
lebens-
der We-
jes, sein
ilmerer
Bildern
Trene,
as Herz
rr.
schängel,
Wilhelm
in, Frh
abreichte
upfeler.
öne.
es der-
hwarz,
t.
13 Uhr.
u.
inst-
rges
uptdar-
Tasso
inden.
ekannt-
ten be-
haar
haar.
niet.
amen wird.
uer Tagebl.
ung?
orts.
Sageblatt.